

den vorhin dargelegten Gründen, weil sie in diesen Bereichen zuständig sind. Ein Entwurf zu einem Versuchsartikel, der die formalen Voraussetzungen zu einem Abgehen von der geltenden Verordnung regelt, liegt vor. Seine Verabschiedung setzt aber begreiflicherweise voraus, dass die Kantone, die für das Mittelschulwesen die Verantwortung tragen, in der Lage und bereit sind, Schulreformen zu erproben und, was mindestens im heutigen Zeitpunkt ebenso bedeutsam ist, dass Absolventen mit solchen Maturitäten auch an die Fakultäten der verschiedenen Hochschulen, worüber wiederum die Kantone zuständig sind, übertreten können.

Zur zweiten Frage: Es kann aus den dargelegten Gründen nicht Aufgabe des Bundes sein, mittels eines Experimentierartikels Schulversuche in eine bestimmte Richtung zu lenken. Sie müssen von den verantwortlichen Schulträgern erarbeitet werden. Sicher werden wir keinem Versuch zustimmen, der die intellektuellen Anforderungen an die künftigen Hochschulstudenten gegenüber dem heutigen System vermindert. Die Anerkennung neuer Maturitätstypen ist ebenso wenig vorgesehen wie die Schaffung einer Einheitsmaturität. Ich persönlich, in ganz konkreter Beantwortung der dritten Frage, plädiere in der Regel dafür, dass ein relativ breiter gemeinsamer Grundstock, ergänzt durch Fächer, in denen die Schüler entsprechend ihren besonderen Begabungen Schwerpunkte setzen können, auf verschiedenen, aber gleichwertigen Wegen die Erlangung der allgemeinen Hochschulreife am besten gewährleistet. Wir weisen bei dieser Gelegenheit jedoch darauf hin, dass dank der eidgenössischen Maturitätsordnung im ganzen Lande vergleichbare Anforderungen an die Mittelschulabsolventen gestellt werden. Dies hat die Hochschulen der Kantone wie diejenigen des Bundes bis anhin – das ist mit Rücksicht auf die zunehmenden Studentenzahlen von Bedeutung – veranlasst, alle Inhaber eines eidgenössisch anerkannten Maturitätszeugnisses, ungeachtet ihrer kantonalen Herkunft, zu immatrikulieren. Dieser Zustand soll nicht durch eine unkoordinierte Entwicklung der kantonalen Mittelschulsysteme gefährdet werden, weil das zusätzlich unsere Situation im Zusammenhang mit dem Numerus clausus erschweren würde. Ich habe Ihnen einleitend gesagt – und ich betone es am Schluss: Wir werden im Zusammenhang mit dem Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz auch die eidgenössische Maturität erörtern, und Sie werden dannzumal wiederum Gelegenheit haben, auf dieses sehr bedeutsame Problem zurückzukommen.

Präsident: Herr Blum erklärt sich von der Antwort des Bundesrates befriedigt.

76.329

Motion Trottmann. Krankenversicherung. Dringliche Massnahmen Assurance-maladie. Revision urgente

Wortlaut der Motion vom 15. März 1976

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament für Sofortmassnahmen Antrag zu stellen, damit die heute unbefriedigende Regelung der Kostenbeteiligung der Patienten im Krankheitsfall korrigiert werden kann. Gleichzeitig sind Massnahmen vorzusehen, damit die Bundesbeiträge an die Krankenkassen auch einem verstärkten sozialgezielten Einsatz bei medizinischen Leistungen für sozial Schwache, Betagte und bei Mutterschaft dienen können.

Während der laufenden Legislaturperiode ist zudem eine die Sofortmassnahmen ergänzende Revision der Krankenversicherung durchzuführen, damit:

1. die Lücken im heutigen Leistungsangebot der sozialen Krankenversicherung (z. B. Vorsorgeuntersuchungen usw.) geschlossen werden können;
2. für die ärztlichen Leistungen und bei den Spitaltaxen zulasten der Patienten Höchstsätze festgelegt werden;
3. eine ausreichende Finanzierung der sozialen Krankenversicherung über eine angemessene Beteiligung der Arbeitgeber an den Aufwendungen für die Krankenpflegeversicherung ermöglicht wird;
4. die Spitalplanung und das Arztrecht der wirksamen Eindämmung der Kostenexplosion im gesamten Gesundheitswesen dienstbar gemacht wird.

Texte de la motion du 15 mars 1976

Le Conseil fédéral est chargé de proposer au Parlement des mesures immédiates visant à modifier l'actuelle réglementation de la participation des patients aux frais de maladie, régime qui ne donne pas satisfaction. Il s'agit de prévoir simultanément des mesures tendant à ce que les subventions fédérales aux caisses-maladie donnent aussi la possibilité de tenir encore plus fortement compte des aspects sociaux en accordant des prestations médicales aux économiquement faibles, aux personnes âgées et en cas de maternité.

En outre, il y a lieu d'entreprendre, durant la législature en cours, une révision de l'assurance-maladie qui complètera ces mesures immédiates et permettra:

1. De combler les lacunes des prestations actuelles de l'assurance-maladie sociale (p. ex. enquêtes en matière de prévoyance etc.);
2. De fixer des taux maximaux pour les prestations médicales et les taxes d'hôpital à la charge des patients;
3. De financer suffisamment l'assurance-maladie sociale au moyen d'une participation équitable des employeurs aux frais d'assurance des soins médicaux et pharmaceutiques;
4. De subordonner la politique hospitalière et le droit médical à la lutte efficace contre l'explosion des coûts dans le domaine de la santé.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Barras, Biderbost, Blunschy, Bochatay, Butty, Cantieni, Carruzzo, Cavelti, Dürr, Feigenwinter, Hungerbühler, Jelmini, Koller Arnold, Meier Josi, Mugny, Pedrazzini, Rippstein, Rüttimann, Schärli, Seiler, Spiess, Thalmann, Wyer, Zbinden, Ziegler-Solothurn (25)

Trottmann: Mit der Motion vom 15. März 1976 für eine dringliche Revision der Krankenversicherung stelle ich das Begehren, als Sofortmassnahme die unbefriedigende Regelung der Kostenbeteiligung der Patienten im Krankheitsfall zu ändern und einen besseren, sozial gezielten Einsatz der Bundesbeiträge zugunsten der Krankenkassen vorzusehen. Weiter soll mit einer ergänzenden Revision des KUVG die Krankenversicherung grundlegend verbessert werden. Insbesondere wären das Leistungsangebot der sozialen Krankenversicherung mit dem Einbezug der Vorsorgeuntersuchungen in die Pflichtleistungen abzurunden und für die Kosten der ärztlichen Leistungen und bei Aufenthalt in Spitälern Höchstsätze vorzusehen.

Wir stellen nämlich fest, dass neben den enorm gestiegenen Kosten bei den Ärzten und Chiropraktoren eine noch grössere Kostensteigerung bei den Spitalaufenthalten vorhanden ist. So entfallen nach einer prozentualen Aufteilung der Krankenpflegekosten in den Jahren 1972 bis 1975 45 Prozent auf die ambulante Behandlung. In den gleichen Jahren stiegen aber die Kosten der stationären Behandlung, also der Spitäler, von 28 auf 32 Prozent, während sich der Kostenanteil bei den Medikamenten leicht reduzierte. Die Kostensteigerungen bei Spitalaufenthalt haben ihre Ursache in den höheren Spitaltaxen, die den Spitälern von den Kantonsregierungen vorgeschrieben werden. Die Kantone reduzieren so ihre Aufwendungen beim Gesundheitswesen, und die Krankenkassen werden dann als die Schuldigen an der Kostensteigerung bezeichnet. In Wirk-

lichkeit können aber die Krankenkassen selber recht wenig beitragen, da sie ja letztlich nichts anderes zu tun haben, wie sich einmal ein kantonaler Aertzepäsident äusserte, als die Rechnungen zu addieren.

Unser Rat hat bei der Beratung des Finanzmassnahmenpaketes einer Motion auf dringliche Revision des KUVG zugestimmt. Daher bin ich damit einverstanden, dass meine Motion vom 15. März 1976 vom Bundesrat als Postulat übernommen und in den Rahmen der bevorstehenden KUVG-Gesetzesrevision gestellt wird.

Präsident: Der Bundesrat beantragt Umwandlung der Motion Trottmann in ein Postulat. Herr Trottmann ist mit der Umwandlung einverstanden. Wird das Postulat Trottmann aus der Mitte des Rates bekämpft? Es ist nicht der Fall. Es ist überwiesen.

76.334

Postulat Villard. Krankenversicherung. Häftlinge Assurance-maladie. Détenus

Wortlaut des Postulates vom 17. März 1976

Der Bericht der Eidgenössischen Expertenkommission über die Revision der Krankenversicherung vom 11. Februar 1972 unterstrich die Notwendigkeit, die Benachteiligung von Häftlingen zu beseitigen.

Der Bundesrat wird ersucht, Massnahmen zur Aufhebung dieser Benachteiligungen (Ausschluss aus der Krankenkasse, Verlust oder Einschränkung des Leistungsanspruchs, Schwierigkeiten des Beitritts oder Wiederbeitritts) zu prüfen, und dafür zu sorgen, dass die Kantone für diese Personengruppe vom Beginn des Strafvollzugs oder der Strafmassnahmen an die Versicherungspflicht einführen.

Der Bundesrat wird ersucht, zu diesem Thema einen Bericht vorzulegen.

Texte du postulat du 17 mars 1976

Le rapport de la commission fédérale d'experts pour la revision de l'assurance-maladie du 11 février 1972 soulignait la nécessité de mettre fin aux discriminations à l'égard des détenus.

Le Conseil fédéral est invité à étudier les dispositions à prendre pour éviter ces discriminations (exclusion de la caisse d'assurance, perte ou restriction du droit aux prestations, difficultés d'adhésion ou de réadhésion) et pour que soit instaurée par les cantons l'obligation d'assurance pour cette catégorie de personnes dès le début d'exécution de la peine ou des mesures à subir.

Le Conseil fédéral est prié de présenter un rapport à ce sujet.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Canonica, Chavanne, Chopard, Eggenberg, Gassmann, Gerwig, Gloor, Lang, Loetscher, Meier Werner, Merz, Morf, Müller-Bern, Nauer, Renschler, Riesen-Freiburg, Rothen, Schläppy, Uchtenhagen, Wagner, Weber-Arbon, Ziegler-Genf (22)

M. Villard: A propos de ce postulat concernant l'assurance-maladie des détenus, j'ai eu l'insigne honneur de figurer, à plusieurs reprises, à l'ordre du jour sans qu'on me donne, par ailleurs, la parole. On me la donne maintenant devant un auditoire clairsemé, mais mieux vaut tard que jamais, parce que j'avais fini par ne plus y croire!

Certes, on ne m'a pas dit, quand j'ai demandé la parole: «Du darscht über das nid rede.» Comme pour les questions que je voulais poser en relation avec ce qu'on a appelé «l'affaire Jeanmaire», le président en exercice étant

alors remplacé par un ancien président. Il y a donc progrès. Merci!

Je regrette, mais je ne suis guère partisan du développement écrit, car il y a déjà tant de papiers dans cette maison!

L'assurance-maladie est, vous le savez bien, le point faible de la sécurité sociale dans notre pays. Une revision ne saurait trop tarder, j'espère. Depuis le résultat catastrophique de décembre 1974, aussi bien en ce qui concernait notre initiative pour une assurance-maladie généralisée (et non «étatisée», comme on l'a dit), aussi bien que pour le contreprojet. D'importants problèmes se posent aujourd'hui. Pour être en contact quotidien avec des malades chroniques, je sais combien ces problèmes sont graves. Par comparaison, celui que j'ai posé dans mon postulat peut paraître relativement beaucoup moins important. Il me tient cependant à cœur.

Sur le plan de l'exécution des peines (Strafvollzug) il existe aussi, vous le savez, des problèmes très sérieux qu'il faudra bien aborder un jour, pas trop lointain non plus, j'espère. Par comparaison aussi à ces problèmes concernant l'exécution des peines, celui que je rappelle ici peut paraître anodin. Il ne se pose pas moins avec une certaine acuité, comme j'ai pu le constater personnellement dans certains cas précis, dont je ne puis parler ici en détail, lors même qu'ils seraient assez instructifs, me semble-t-il.

Il arrive fréquemment que les détenus soient victimes de discriminations dans le domaine des assurances sociales. Si je peux m'exprimer ainsi, je dirai qu'ils sont en quelque sorte punis deux fois: par la peine qu'ils ont à subir, bien sûr, mais aussi, ce qui est moins compréhensible, par le traitement qui leur est appliqué sur le plan des assurances sociales. Ces problèmes me préoccupent car je les vois un peu du dedans, si je puis dire; on les comprend mieux alors que si l'on est membre d'une commission qui fait une visite et dépose un rapport. La soupe est toujours bonne, car il y avait justement ce jour-là, croyez-moi, un bon morceau de saucisse qui en relevait le goût!

Quoi qu'il en soit, cette manière d'agir à l'égard des détenus dans le domaine de l'assurance-maladie, particulièrement, me paraît des plus regrettables, surtout si l'on prend en considération l'importance que peut avoir tout ce qui contribue à renforcer le sentiment de dignité de l'homme qui doit subir une peine, importance surtout dans la perspective de la «resocialisation». Il est du devoir de notre société de préparer autant que possible et surtout de réussir une resocialisation. C'est concrètement qu'il faut agir déjà durant la période d'exécution des peines si l'on veut arriver à un résultat.

En parler ne suffit pas. Mon postulat n'a, à vrai dire, que le sens d'un rappel au sujet de ce problème de discrimination qui me préoccupe depuis bien des années. Il serait temps de faire en sorte que les dispositions discriminatoires à l'égard des détenus, dans le domaine de l'assurance-maladie, soient éliminées des statuts des caisses de maladie. J'ai ici tout un éventail de ces statuts; malheureusement je ne pourrai pas faire de citations pour ne pas allonger; la lecture vous montrerait combien ces statuts sont tout de même assez curieusement rédigés sur ce point précis. A mon avis, il faudrait arriver à ce que les pensionnaires d'établissements où sont purgées les peines soient soumis pendant ce temps à l'obligation d'être assurés auprès d'une caisse de maladie. Mon postulat demande au Conseil fédéral d'étudier ces problèmes et de présenter un rapport à ce sujet.

Le 11 février 1972, comme je le signale dans le texte du postulat, le rapport publié par la commission fédérale d'experts pour la revision de l'assurance-maladie, soulignait déjà la nécessité, dans ce domaine, de mettre fin aux discriminations à l'égard des détenus. Il est bien connu aussi que seule une faible proportion des détenus, lors de leur entrée dans un établissement où ils doivent purger une peine, sont membres d'une caisse de maladie. On

Motion Trottmann. Krankenversicherung. Dringliche Massnahmen

Motion Trottmann. Assurance-maladie. Révision urgente

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1977
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	76.329
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.03.1977 - 15:30
Date	
Data	
Seite	378-379
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 539

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.